

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

44. Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 78.

Freitag, den 26. September

1884.

## Verordnung

an sämtliche Stadträthe, Bürgermeister und Gemeindevorstände, die Wahlen zum Reichstag betreffend.

Nachdem durch kaiserliche Verordnung vom 18. laufenden Monats zu Vornahme der Neuwahlen für den Reichstag **des 28. October dieses Jahres** festgesetzt worden ist, wird andurch unter Hinweis auf § 8 des Gesetzes, die Wahlen für den Reichstag betreffend, vom 31. Mai 1869 und auf § 2 des Reglements zu Ausführung dieses Gesetzes, vom 28. Mai 1870, sowie unter Bezugnahme auf die wegen Aufstellung der Wählerlisten bereits erlassene, in den Amtsblättern abgedruckte Verordnung vom 1. laufenden Monats verordnet, daß mit Auslegung der Wählerlisten

am 29. September dieses Jahres

zu beginnen ist.

Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß von den Gemeindeobrigkeiten, nämlich in den Städten mit der Revidirten Städteordnung von den **Stadträthen**, in den Städten, welche die Städteordnung für mittlere und kleine Städte angenommen haben, von den **Bürgermeistern**, und in den ländlichen Ortschaften von den **Gemeindevorständen** noch vor der Auslegung der Wählerlisten die im zweiten Absätze von § 8 des angezogenen Reichsgesetzes und im zweiten Abs. von § 2 des gedachten Reglements erwähnte Bekanntmachung zu erlassen ist.

Die für die Wahlhandlung erforderlichen Protokoll- und Gegenlistenformulare werden den Stadträthen und Bürgermeistern von hier aus unmittelbar, den Gemeindevorständen aber durch die Amtshauptmannschaften zugestellt werden.

Dresden, am 22. September 1884.

Ministerium des Innern.  
v. Kostig-Wallwitz.

Paufig.

Die am 3. Februar 1883 bekannt gemachte Abwesenheitsvormundschaft über den verschollenen Müllergesellen **Friedrich Wilhelm Sämisch**, zuletzt in Birtenhain, ist wieder aufgehoben worden.

Königliches Amtsgericht Wilsdruff, den 24. September 1884.

Dr. Gangloff.

## Bekanntmachung, die Reichstagswahl betreffend.

Laut Verordnung des hohen Königlich Ministerium des Innern vom 22. dieses Monats hat die Auslegung der Wählerlisten für den Deutschen Reichstag am 29. dieses Monats zu beginnen, was hierdurch mit dem Bemerkten veröffentlicht wird, daß die Wählerliste des hiesigen Stadtbezirks vom 29. dieses bis mit 8. nächsten Monats zu Jedermanns Einsicht in hiesiger Rathsexpedition ausliegt und, daß etwaige Einsprüche gegen diese Wählerliste nach § 3 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt für das Jahr 1870 Seite 276) innerhalb acht Tagen nach Beginn der Auslegung derselben, also bis spätestens den 6. nächsten Monats, bei dem unterzeichneten Bürgermeister entweder schriftlich anzuzeigen oder zu Protokoll zu erklären sind.

Wilsdruff, am 25. September 1884.

Der Bürgermeister.  
Ficker.

### Tagesgeschichte.

Der Empfang Sr. Majestät des Kaisers am Rhein ist eine aus dem tiefsten Herzen des Volkes kommende Kundgebung geworden. Alles drängte sich, dem Kaiser zuzujubeln, der soeben in Sterniewice auf das Neue dazu beigetragen, Frieden und Ordnung zu schützen. Bei dem Besuch in Düsseldorf am Donnerstag, der Parade über das 7. Armeekorps am nächsten Tage, der Beiwohnung der Manöver am Sonnabend, überall brauste dem hohen Herrn lauterster Volksjubel entgegen. Der Kaiser erträgt die Anstrengungen, welche die fortwährenden Fahrten mit sich bringen, mit bewundernswerther Frische und hat der Parade sowohl, wie den Manövern zu Pferde beigewohnt. Am Sonnabend nach der Rückkehr von den Manövern fand in Schloß Benrath ein großes Diner statt, zu welchem auch die Spitzen der Civilbehörden geladen waren. Abends wurde von dem üblichen Parade-diner, bei welchem der Kaiser auf das Wohl des 7. Armeekorps getrunken, großer Zapfenstreich statt, bei welchem alle Trommler und Musikchöre des 7. Armeekorps mitwirkten. Sonntag Nachmittag feierte das Kaiserpaar mit den übrigen fürstlichen Herrschaften nach Schloß Brühl über, um am Montag bei Sommerum der Parade über das 8. Armeekorps und am nächsten Tage den Manövern beizuwohnen. An eine große Zahl von Personen der Provinz Westfalen sind Orden verliehen worden. Am Sonnabend wohnte der Kaiser dem Diner, da er zu ermüdet war, nicht bei. An seiner Stelle brachte die Kaiserin folgenden Trinkspruch aus: „Im Auftrage des Kaisers trinke ich auf das Wohl unserer treuen Provinz Westfalen und danke herzlich für den Empfang, der uns wiederum zu Theil geworden ist.“

Für die Anwesenheit Sr. Maj. des Kaisers in Münster war eine katholische Demonstration geplant, da man, wie ein Korrespondent der „Germania“ schreibt, „nach biederer Westfalenart“ Sr. Maj. die Wünsche in religiös-kirchlicher Hinsicht nicht verschweigen wollte. Denselben sollte in zwei Adressen Ausdruck verliehen werden, von denen die eine von dem katholischen Adel der Provinz ausging und von deren ersten Unterzeichnern, dem Herzog von Croÿ-Dülmen, dem Freiherrn Hermann v. Brenken, dem Erbrofsten Grafen Droste zu Bischoffing und den Freiherren v. Schorlemer-Alt und v. Schorlemer-Overhagen überreicht werden sollte. Die andere, eine großartige Laienadresse, war von sämtlichen katholischen Kirchenvorständen der Diözese Münster unterzeichnet. Nach einer Meldung des „Westfäl. Merkur“ hat Se. Maj. der Kaiser es abgelehnt, die Adresse, welche der katholische Adel ihm zu überreichen gedachte, in Empfang zu nehmen.

Auf eine im Namen von 75 Prozent der industriellen Arbeiter des Landkreises Düsseldorf dem Kaiser überreichte Adresse mit 3123 Unterschriften, welche für die ernste vaterländische Fürsorge dankt, die er dem Arbeiterstand gewidmet, von welcher die durch des Kaisers persönliches Einschreiten ins Leben gerufenen Krankenkassen- und Unfallgesetze den Beweis geben, erwiderte der Kaiser bewegt: es sei ihm nicht immer vergönnt, den Dank zu ernten für seine Bestrebungen zum Wohle des Volkes, umso mehr freue er sich, solchem Danke zu begegnen aus dem Stande, dem er gegenwärtig ganz besondere Fürsorge widme, für dessen Wohl gesetzgeberisch schon Wichtiges geschehen, und sei er angenehm berührt, daß man mit dem eingeschlagenen Wege zufrieden sei, Allen könne auch er es freilich nicht recht machen.

Die deutschen Manöver in den Rheinlanden bieten den „Times“ Veranlassung zu einem längeren Artikel über das deutsche Militärwesen, dessen Borzüglichkeit, Schwächen und Lasten, dem wir nachstehende Auszüge entnehmen: „Es sind jetzt 14 Jahre her.“ — schreiben die „Times“ — seitdem der Welt der überzeugende Beweis von der Ueberlegenheit des deutschen Militärsystems vor Augen geführt wurde, und während dieser Zeit ist ganz Europa bestrebt gewesen, mehr oder weniger dem Vorbilde nachzuahmen. Keinem der Schüler, ist es indeß gelungen, einen Meister zu übertreffen, der unausgesetzt auf Mittel sinnt, um zu verbessern, was so vollkommen scheint, und der Aufgabe eine geduldige Wissenschaft und eine unbefiegbare Energie, vor denen alle Schwierigkeiten verschwinden, entgegenbringt. Die deutschen Militärmanöver bleiben die interessantesten und wichtigsten in Europa, und es sind immer noch die deutschen Soldaten, nach denen jedes Kriegeramt für autoritative Entscheidungen bei militärischen Problemen blickt.“ „Welches auch immer“ — so fahren die „Times“ fort — „die genauen militärischen Lehren sein mögen, die den deutschen Manövern entnommen werden können, so ist es äußerst befriedigend, zu wissen, daß eine Nation, welche in dem wissenschaftlichen Studium der Kriegskunst an der Spitze steht, gleichzeitig so ernstlich besorgt ist, ihren ungeheuren Einfluß in Europa der Erhaltung des Friedens zu widmen.“

Vom Bundesrath ist die Verlängerung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes für Berlin, Hamburg, Altona und Leipzig beschlossen worden. In den Kreisen der Opposition dürfte sich in Bezug hierauf unzweifelhaft wieder ein starker Sturm der Entrüstung geltend machen; unbelämmert um solche Einwendungen, muß jedoch jeder wahre Freund der staatlichen Ordnung zugeben, daß die Verhältnisse hinsichtlich der sozialistischen Propaganda unbedingt die schärfste Stellungnahme erfordern und die Gesellschaft in ihrer Allgemeinheit vor